DIE LINKE.

AUSGABE 2/2016

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE. Burgenlandkreis

Sie finden:

Wahlkampfauftakt	*1*
Mitgliederbrief	*2/3*
Haushalt Burgenlandkreis	*4*
Lichterkette	*5*
Geschichte und Gegenwart	*6*
Politische Bildung	*7*
Katja Bahlmann	*8/9*
Rosarotes Berlin	*10*
Kranzniederlegung Rehmsdorf	*11*
Termine	*12*

DIE LINKE.
Kreisvorstand Burgenlandkreis

Geschäftssitz:
Postfach 15 65
06605 Naumburg
Tel.: 0176 / 420 26 982
Tel.: 03445 / 261233
Fax: 03445 / 261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :
kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:
IBAN
DE 49800 530003000 102840

Alle namentlich gekennzeichneten Artikel sind nicht immer auch Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Landtagswahlen am 13. März 2016: Was zählt, ist Menschlichkeit

Am 13. März wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Aus unserem Burgenlandkreis kämpfen Katja Bahlmann, Diana Theil, Jan Wagner, Veit Raczek und Andrei Fischer um einen Sitz im Landesparlament.

Ein großes Thema beherrscht diesen Wahlkampf, und es wird uns das ganze Jahr 2016 nicht loslassen: Wie wird sich unsere ganze Gesellschaft weiter entwickeln angesichts der Veränderungen, die sich durch die Zuwanderung vieler tausender Flüchtlinge ergeben? Welche Lösungen wird unsere Gesellschaft finden, damit all diese Entwicklungen sich friedlich vollziehen können – friedlich und mit Gewinn für alle? Ich betone ausdrücklich: für alle! Für die, die hier schon lange leben, wie auch für die, die hier Zuflucht suchen vor Krieg, Terror und unsäglichem Leid.

Auf der Suche nach Lösungen kann es nur einen Maßstab geben: Menschlichkeit. Und das heißt: Alle Menschen sind gleich. Die Würde des Menschen ist unantastbar: Dieser zentrale Satz unseres Grundgesetzes ist nicht an Hautfarbe, Herkommen, Religion oder sexuelle Orientierung gebunden. Er gilt für alle Menschen. Und muss von allen beachtet und gelebt werden.

Wir, DIE LINKEN, haben von Beginn an gesagt: Deutschland ist ein starkes und wohlhabendes Land, es hat eine hoch entwickelte Zivilgesellschaft, es ist in der Lage, alle notwendige Hilfe zu leisten. Allerdings bedarf es dazu endlich eines energischen Umsteuerns, und zwar eines Umsteuerns, das schon auf der Tagesordnung stand, als die Flüchtlingsfrage in diesem gewaltigen Umfang noch gar nicht stand: Es muss endlich Geld in die öffentliche Daseinsvorsorge gesteckt werden! Wir brauchen viel mehr öffentlichen Wohnraum, viel mehr Lehrerinnen und Lehrer, viel mehr Personal in den Kitas wie auch bei der Polizei, wir brauchen öffentliche Beschäftigung, und um das alles finanzieren zu können, brauchen wir endlich eine gerechte Besteuerung der großen Vermögen in unserem Land. Das wollen wir durchsetzen, darum wollen wir in Sachsen-Anhalt regieren.

Und gleichzeitig und immer und jeden Tag brauchen wir Menschlichkeit, und wir brauchen den Mut, uns gegenseitig in dieser Menschlichkeit, die entschlossen gegen Hass und Gewalt, aber auch gegen bürokratische Diskriminierung und gegen die Forderung nach Obergrenzen oder Grenzschließung auftritt, zu bestärken und zu ermutigen. In diesem Wahlkampf 2016 steht auch unsere eigene Menschenwürde auf dem Prüfstand.

DIE LINKE.
Parteivorstand DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlın

An die Mitglieder der Partei DIE LINKE

14. Dezember 2015

Danke für Euer Engagement 2015 – Unsere Herausforderungen 2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

2015 war das Jahr der Grenzen. Aber auch der Grenzüberschreitungen, ja sogar der Grenzsprengungen. Durch die griechische Regierung unter Syriza wurden die Grenzen der europäischen Austeritätspolitik sichtbar gemacht. Tausende sind in diesem Jahr auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung an den Außengrenzen der Europäischen Union ums Leben gekommen. Viele, viele Tausende mehr haben diese Grenzen überschritten und suchen nun in den Ländern der EU Schutz und hoffen auf ein gutes Leben. In Deutschland haben sich Millionen von Menschen an der Unterstützung der Geflüchteten beteiligt und sind dabei oft an die Grenzen ihrer Belastung gegangen.

Mit großem Stolz verfolgen wir, welch unermüdliches Engagement Ihr, die Mitglieder der LINKEN, in die Solidarität für Geflüchtete legt. Sei es in den Kleiderkammern und Spendensammlungen, der Essensausgabe und Willkommenscafés oder der Begleitung von Transitflüchtlingen an den Bahnhöfen - ehrenamtlich oder in kommunaler Verantwortlichkeit. Und nicht nur das. Ihr zeigt durch diese und viele andere Projekte und Aktionen auch klare Kante gegen Rassismus. Dafür möchten wir an dieser Stelle von ganzem Herzen danken. Leider müssen wir auch erleben, dass sich die politische Rechte - extrem, populistisch und rassistisch -überall in Europa im Aufwind befindet. In Deutschland hat sie sich in der AfD und in den verschiedenen Pegida-Bündnissen formiert. Die Geflüchteten werden als Sündenböcke angeboten: Für Wohnungsnot und schlechte Löhne, befristete Verträge und unsichere Zukunftsaussichten sind aber nicht Geflüchtete verantwortlich, sondern eine jahrzehntelange verfehlte Politik, die uns heute auf die Füße fällt. Der Kampf gegen rechts wird für die gesellschaftliche Linke eine der wichtigsten Aufgaben im nächsten Jahr. Wir treten Rassismus und Rechtspopulismus entgegen und wollen dem Erstarken des Rassismus die sozialen Grundlagen entziehen.

Nicht nur deswegen war der Start der Kampagne „Das muss drin sein.“ in diesem Jahr ein wichtiger Schritt.
Wir wollen uns gemeinsam gegen prekäres Arbeiten und Leben wehren und Alternativen aufzeigen. Zahlreiche aktive Mitglieder unserer Partei haben sich in den ersten Aktionsphasen kreativ eingebracht.
Daran wollen wir 2016 anschließen.

Um gemeinsam unsere Alternativen und Strategien weiterzuentwickeln, die Veränderungen der Gesellschaft zu analysieren und uns mit Aktiven zu verbinden, brauchen wir Veranstaltungen und Orte. Die Linke Woche der Zukunft im Frühjahr war ein wichtiger Teil davon. Die große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die gute Stimmung dort haben uns gezeigt, dass wir hier weiter dran bleiben müssen. Viele von uns haben sich in den diesjährigen Kommunalwahlkämpfen und den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg engagiert. In beiden Stadtstaaten konnte DIE LINKE ihre Ergebnisse im Vergleich zu den letzten Wahlen verbessern. Das ist toll und macht Mut für das kommende Jahr. Denn 2016 stehen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen an. Euer Engagement wird viel dazu beitragen, wie gut DIE LINKE abschneiden wird. Wie viel Wandel eine LINKE Regierung bewirken kann, zeigen die Erfolge in Brandenburg und in Thüringen unter dem ersten LINKEN Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow.

Die letzten Tage und Wochen haben auch gezeigt, dass wir vor einer weiteren großen Herausforderung stehen. Die Bundesregierung unterstutzt heute nicht nur die US-geführte Krıegsallıanz im Irak, sondern hat vor wenigen Tagen den Bundeswehreınsatz von 1200 Soldatinnen und Soldaten in Syrien beschlossen. Damit ist Deutschland an einem Krieg beteiligt, der bereits seit vier Jahren tobt. Angeblich geht es um dabei um die Bekämpfung von Terror. Wir jedoch meinen, nach 15 Jahren Krieg gegen den Terror zeigt sich, dass sich die Logik des Krieges und Terrors

gegenseitig verstärken. Bomben schaffen keinen Frieden DIE LINKE hat als einzige Fraktion geschlossen gegen die Beteiligung am Syrienkrieg gestimmt, wir sind die einzige verlässliche Friedenspartei im Bundestag.
Wir müssen uns im Parlament und auf der Straße für eine friedliche und zivile Losung einsetzen. Deshalb möchten wir euch dazu ermutigen, lokale Bundnısse ins Leben zu rufen oder sich dort, wo es sie schon gibt aktiv einzubringen, um gemeinsam dezentrale Aktionen und Demonstrationen zu Beginn des neuen Jahres auf die Beine zu stellen.

Zum Glück wissen wir, dass wir uns auf das Engagement unserer Mitglieder für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und Menschenrechte und für den Frieden verlassen können. Wir alle wissen aber auch, dass die viele Arbeit, die vor uns steht, die vielen Projekte, die wir gemeinsam angehen wollen, finanziert werden müssen. Deshalb freuen wir uns immer über Spenden.

Zusammengefasst stehen im kommenden Jahr vier große Herausforderungen und Projekte an:

Die Weiterführung der Kampagne „Das muss drin sein“ und der Streit für Arbeit und Leben jenseits des Prekariats

Die entspannungs- und friedenspolitische Konferenz am 19. März 2016 und der Einsatz im Parlament und auf der Straße für den Frieden

Der Kampf für eine humane Flüchtlingspolitik und gegen Rassismus und rechte Hetze

(seht dazu auch das 5-Punkte-Papier gegen rechts:
http://www.dielinke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/was-tun-gegen-rechts/)

Die Landtags- bzw. Abgeordnetenhauswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Für freuen uns darauf, diese Aufgaben gemeinsam mit Euch anzugehen!
Solidarische Grüße

Katja Kipping Bernd Riexinger Matthias Höhn Thomas Nord

Spenden unter http:[/die-linke.de/spenden oder direkt an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE,
IBAN: DE38100900005000600000O, BIC: BEVODEBB, Berliner Volksbank eG.

Endlich gilt's mal: Viel hilft auch viel!
Großfläche spenden, Standort selbst bestimmen.

Mitglied werden
Ergreif Partei für eine bessere Politik

Neues aus der Kreistagsfraktion

Haushaltsplan 2016 – Zustimmung oder Ablehnung ?

Von Gunter Schneider Stellvertretender Vorsitzender der Kreistagsfraktion

Der Haushaltsplan des Burgenlandkreises für das Jahr 2016 stellte unsere Kreistagsfraktion vor nicht ganz einfache Entscheidungen. Die entscheidendste war wohl, ob wir ihm unsere Zustimmung geben, oder ob wir ihn ablehnen sollten. Das war vor allem deshalb nicht ganz einfach, weil dieser Haushaltsplan in sich sehr widersprüchlich ist.

Einerseits ist positiv zu vermerken, dass der Burgenlandkreis im kommenden Jahr u.a. rund 5,3 Mio Euro in den Ausbau von Straßen sowie die weitere Sanierung von Schulgebäuden investieren will, die Schulden von derzeit 46,8 Mio auf 43,6 Mio Euro und damit die Pro-Kopf-Verschuldung von ehemals 369 Euro auf 236 Euro abbauen will. Aber andererseits weist der Etat ein Defizit von 5,5 Mio Euro aus. Und einer Konsolidierung entkommen wir nur deshalb, weil wir diesen Defizit durch Rücklagen aus der Eröffnungsbilanz ausgleichen können – eine Tatsache, die wir im nächsten Jahr nicht mehr haben. Und dann wird es sehr kompliziert.

Aber das größte Problem dieses Haushaltes ergibt sich aus der gegenwärtigen Flüchtlingssituation. Und das wiederum ist kein „burgenlandkreisgemachtes“ Problem, sondern vielmehr das Ergebnis des zum Teil hilflosen Agierens der Bundes- und Landesebene. Anstatt sich wochenlang über Begriffe wie „Obergrenzen“ oder „Kontingentierung“ zu streiten, hätte man vielmehr darüber nachdenken sollen, wie man den Kommunen wirklich hilft, diese humanitäre Herausforderung finanziell zu schaffen. Dies haben wir in der Haushaltsdiskussion unmissverständlich gesagt, was natürlich nicht allen Abgeordneten gefiel.

Es ist doch wohl ein Ding der Unmöglichkeit, dass eine Pauschale von 8600 Euro pro Flüchtling und Jahr angesetzt wird, obwohl die echten Aufwendungen in den meisten Landkreisen viel höher sind und die größte Unsicherheit darin besteht, ob die Landkreise dieses Geld überhaupt in der entsprechenden Höhe zurückbekommen. Deshalb haben wir gefordert, keine Pauschalen zu zahlen, sondern eine sogenannte „Spitzabrechnung“ vorzunehmen, damit die Landkreise die wahren Kosten erstattet bekommen. Damit hatten wir sogar den Landrat an unserer Seite.

Diese hier geschilderte Sachlage hat uns ausführlich darüber diskutieren lassen, ob es richtig wäre, in dieser komplizierten Situation den Haushalt abzulehnen. Und wir sind letztlich zu dem Schluss gekommen, dass dadurch ganz im Gegenteil die Situation noch komplizierter werden würde, wenn der Landkreis keinen bestätigten Haushaltsplan hat. Wir haben also ganz pragmatisch, wenn auch mit Bauchschmerzen, dem Etat zugestimmt.

Und wir haben noch etwas getan, was sicherlich nicht ganz alltäglich ist. Wir haben in der Diskussion dem CDU-Landrat unseren Respekt dafür ausgesprochen, dass er nicht in den Chor Jener eingestimmt hat, die da sagen, wir kriegen das mit den Flüchtlingen alles nicht hin, sondern, dass er viel mehr bei allen finanziellen Risiken darauf verwiesen hat, es ist unsere humanitäre Pflicht, diesen Menschen zu helfen.

Für diese Haltung – und das haben wir ihm deutlich gesagt – hat er auch weiterhin unsere Unterstützung.

Ein Lichtermeer der Toleranz auch in Zeitz

Von Diana Theil

Für eine Stunde lang erleuchtet in Zeitz und Umgebung schon vor Weihnachten in einem Lichtermeer der Toleranz. Von 19 bis 20 Uhr kamen viele zusammen, um mit Kerzen und LED-Lichtern ein Zeichen für Frieden und Toleranz zu setzen.

Zusammen mit Sonia und Manuela vom „Weltoffenen Zeitz“ und Andreas als Mitorganisator und Gruppenadmin im Facebook, habe ich die Lichterkette 2015, die von München über Gera – Zeitz – Leipzig nach Berlin gehen sollte, in unserer Region umgesetzt und bin stolz auf das Ergebnis.

Unterstützt durch den Jugendbeirat der Stadt Zeitz, teilten wir die Strecke in 5 Abschnitte und bildeten Streckenverantwortliche von der Friedensstraße bis hin zum Schützenplatz. Ziel war es ca. 500 Zeitzer und Zeitzerinnen, Mitmenschen aus der Umgebung auch mit Unterstützung der Mitteldeutschen Zeitung zu mobilisieren, um nach den Attentaten von Paris ein weiteres Zeichen zu setzen – und ich glaube, das ist uns sehr gut gelungen.

Von der Michaeliskirche bis zur Schützenstraße wurden mehr als 100 Personen gezählt. An der Rahnestraße bis zum Parkplatz Stephanstraße haben sich die Gemeinschaftsunterkunft in Zeitz und die Jugendherberge Kretzschau unterstützt von den dortigen freiwilligen Helfern, mit Flüchtlingen rege beteiligt. Auch ehemalige Asylbewerber, die nach dem Aufenthalt in Kretzschau nach Merseburg und Umgebung geschickt wurden, nahmen auf eigene Kosten die Fahrt von Merseburg nach Zeitz mit der Bahn in Kauf, um sich zu engagieren und die ehrenamtlichen Helfer, die ihnen bei der Ankunft und dem Aufenthalt in der Jugendherberge halfen, zu unterstützen.

Auch wenn es keine Aktion der Partei DIE LINKE, sondern eine von Diana Theil geplante und umgesetzte Beteiligung an der bundesweiten Lichterkette war, so ist sie doch im Inhalt auch an unser Wahlprogramm angeknüpft und ich danke den Zeitzer Genossinnen und Genossen für die Unterstützung und Werbung und nicht zuletzt für ihre Teilnahme. Zur gleichen Zeit beteiligten sich viele LINKE Kommunalpolitiker – wie Uwe Loos in Wittenberg – an der Lichterkette und trugen in ihren Städten zum erfolgreichen Gelingen bei.

Geschichte und Gegenwart

Vor 25 Jahren:
Die "Operation Wüstensand" führte zum ersten Bundeswehreinsatz im Ausland

Von Winfried Steffen

Während die Weltöffentlichkeit auf die gesellschaftlichen Umbrüche in Mittel-. Ost- und Südosteuropa fokussiert war, ließ der irakische Diktator Saddam Hussein am 2, August 1990 seine Truppen in das 1961 unabhängig gewordene Kuwait einmarschieren und annektierte das Land als 19. Provinz des Irak mit dem Ziel, auf diese Weise ein Drittel des gesamten arabischen Erdöls zu kontrollieren. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte diesen aggressiven Akt scharf und forderte den sofortigen Truppenabzug. Nach dem Verstreichen eines auf den 15. Januar 1991 datierten Ultimatums begann unter Führung der USA die "Operation Wüstensturm“ von insgesamt mehr als dreißig Staaten gegen den Irak. Nach 43 Tage andauernden massiven Bombardements und einer Bodenoffensive mit Zehntausenden toten irakischen Soldaten und Zivilisten endete dieser erste gegen den Irak gerichtete Krieg mit der Befreiung Kuwaits. Mit der Taktik der verbrannten Erde verursachte die geschlagene irakische Armee durch das Anzünden vieler Ölfelder vorübergehend eine verheerende Umweltkatastrophe. Der UN-Sicherheitsrat beschloss die Einrichtung von Flugverbotszonen gegen den Irak.

Am 8. Februar 1991 trafen 49 Bundeswehrsoldaten des Flugabwehrraketengeschwaders 36 auf dem osttürkischen Luftwaffenstützpunkt Diyarbakir ein, um in diesem Krieg dem NATO-Partner Schutz zu bieten. Bereits im Januar waren Bundeswehrsoldaten in das osttürkische Erhac verlegt worden. Es wurde damit ein Tabu gebrochen: Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen deutsche Truppen an einem Krieg teil – weit entfernt vom deutschen Territorium. Es kam in der Bundesrepublik zu regen Diskussionen. Die von Bundeskanzler Kohl geführte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP rechtfertigte die Truppenentsendung mit dem bei einem möglichen Irakischen Angriff auf die Türkei eintretenden Bündnisfall innerhalb der NATO. Dem widersprach die SPD-Opposition. In den Großstädten fanden Demonstrationen statt, die sich gegen die Truppenentsendungen und die Verquickung der deutschen Industrie in Waffengeschäfte mit dem Irak richteten.

Als unter Führung von Bush und Blair von den USA und Großbritannien und einigen weiteren kriegswilligen Staaten ohne UN-Mandat und mit der Lüge von irakischen Massenvernichtungswaffen, die es gar nicht gab, 2003 der zweite Krieg gegen den Irak geführt wurde, bei dem Saddam Hussein gestürzt, das ganze Land verwüstet und die Zivilgesellschaft zerstört wurde – daraus ging in der Folge die Terrormiliz 1S hervor – verweigerte Bundeskanzler Schröder eine deutsche Beteiligung.

Ansonsten ist es ja zur Norm geworden, dass die Bundestagsmehrheit – sowohl bei christlich-liberaler wie Großer Koalition – jeglichen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland zustimmt – ungeachtet der Ablehnung durch die klare Mehrheit der deutschen Wählerinnen und Wähler. Die Kette setzt sich fort bis zum jüngsten Bundestagsbeschluss zu einer deutschen Beteiligung am Krieg in Syrien. Seit der "Operation Wüstensturm" stellen massive Luftangriffe den Kern der von den USA und der NATO praktizierten Militärstrategie dar. Daraus folgen Tod und Zerstörung. Was die Luftschläge mit Kampfdrohnen anbelangt – eine spezielle Erfindung der USA –, werden nach verbreiteter Auffassung oft nicht nur Terroristen getötet, vielmehr nicht selten unbeteiligte Zivilisten; das sind dann eben Kollateralschäden. Und an die Stelle getöteter treten zehn neue Terroristen, und die Kriege verursachen gigantische Flüchtlingsströme. Deutschland ist in hohem Maße deren Ziel. Die aktive Beteiligung an Kriegseinsätzen vergrößert auch die Gefahr, dass unser Land direktes Aktionsgebiet von Terroranschlägen werden könnte. Es zeigt sich immer wieder: Mit der Eskalation der Gewalt, mit Bombardements werden keine Probleme gelöst. In all diesen Kriegen gibt es dem Wesen der Sache nach keine Sieger, nur Verlierer. Gewinner, Profiteure dieses tragischen Geschehens sind einzig die Großkonzerne und -banken, die den Export der Rüstungsguter betreiben. In der Rangfolge der Rüstungsexporte nehmen deutsche Unternehmen den dritten Rang ein nach den USA und Russland. Diplomatie und Politik sind die einzigen Felder, auf denen Lösungen für Konflikte herbeigeführt werden können – als Voraussetzung für Frieden und die Verwirklichung der so oft beschworenen Menschenrechte.

Freiheit, Sicherheit und Verantwortung in der Gesellschaft
Politische Bildung, Teil 35 II

Von Winfried Steffen

Im Kampf gegen den absolutistischen Staat wurde die Gewaltenteilung – die Gewaltentrennung, die Trennung der Funktionen der Staatsgewalt in die gesetzgebende, die vollziehende und die Recht sprechende Gewalt (Legislative, Exekutive, Jurisdiktion) – mit der Forderung, dass die Ausübung dieser Funktionen nicht in einer Hand vereinigt sein darf, durchgesetzt. Diese Gewaltenteilung gilt als Grundlage des modernen Verfassungsstaates. Durch die Übertragung der Funktionen auf das Parlament, die Regierung und Beamtenschaft sowie an unabhängige Richter soll die Anwendung der staatlichen Macht durch gegenseitige Kontrollen im Gleichgewicht (Gewaltenbalance) gehalten und dadurch der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor willkürlichen Staatseingriffen ermöglicht werden,

Der so geartete Verfassungsstaat wird als Rechtsstaat gekennzeichnet. Die Weimarer Republik war das geschichtlich erste deutsche Staatswesen, das nach diesem Modell strukturiert war. Die Bundesrepublik Deutschland gilt als erster dauerhaft so gestalteter Rechtsstaat in der Geschichte unseres Volkes. In den ersten Jahren ab 1949 und in den sechziger Jahren unternommene Maßnahmen zur Schaffung einer sozialistischen Rechtsordnung der DDR – mit einer Volksabstimmung zur sozialistischen Verfassung 1968, der einzigen Wählerentscheidung über eine Verfassung in der deutschen Geschichte – blieben in Ansätzen stecken, da hier eine geschlossene, diktatorisch beherrschte Gesellschaft existierte.

Der bürgerliche Rechtsstaat kann nur in einer offenen Gesellschaft funktionieren auf demokratischer Grundlage. Er stellt das Hauptmerkmal des westlichen Staatsmodells dar, der so genannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Bei aller erforderlichen Kritik an deren Begrenztheit handelt es sich bei diesem bürgerlich-demokratischen Staat um das bisher fortgeschrittenste System der modernen Zivil-gesellschaft. Keine Anwendung findet der Grundsatz der Gewaltenteilung in Diktaturen, in geschlossenen Gesellschaften, in denen sich Gesetzgebung und Exekutivbefugnisse meist in einer Hand befinden. Außerdem wird die Unabhängigkeit der Rechtspflege im Allgemeinen beschränkt oder ganz und gar beseitigt – wie im faschistischen Deutschland.

Zu den Errungenschaften des antifeudalen Kampfes gehörte die Abschaffung der Leibeigenschaft, die Herstellung der formellen persönlichen Freiheit und Freizügigkeit der Menschen bezüglich des Aufenthaltsortes. Freiheit beinhaltet sozial betrachtet Selbstbestimmung des Menschen, indem er sich unabhängig macht von äußerlichen und inneren Zwängen und selbst auch Ursprung seines Wollens ist. Zur persönlichen Freiheit gehört auch das Freisein von Willkür, die die Willensfreiheit einschränkt. Freiheit ist die Fähigkeit des Menschen, mit Sachkenntnis zwischen objektiven Möglichkeiten entscheiden und entsprechend handeln zu können. Freiheit bedeutet nicht völlige Ungebundenheit, tun und lassen zu können, was man will.

Im Zentrum der derzeitigen kapitalistischen Gesell-schaft stehen als Grundrechte Glaubens-, Presse-, Versammlungsfreiheit, Eigentumsrechte und Verkehrsfreiheit – also vor allem politische Rechte mit dem Kernstück aktives und passives Wahlrecht. Das individuelle Maß an sozialer Freiheit wird in der zeitgenössischen Gesellschaft durch die Vermögens-verhältnisse bestimmt und zieht derzeit eine sich immer stärker öffnende Schere zwischen Reichen und Armen nach sich. So ergibt sich aus dem Einkommen und dem Besitzstand, in welchem Maße die formellen Freiheiten – Reisefreiheit, Bildungsmöglichkeiten u. ä. – vom Menschen konkret wahrgenommen werden können. Juristisch gilt das Recht des Einzelnen gegen Delikte als geschützt. Die persönlichen Rechte gelten als einklagbar. Die tatsächliche Umsetzbarkeit ist aber vorn konkreten Status abhängig, insbesondere von Besitzstand und Einkommen. In der DDR mit der ihr wesenseigenen geschlossenen Gesellschaft in Gestalt der SED-Vorherrschaft galten zwar formell politische Rechte der Bürgerinnen und Bürger, sie waren jedoch nicht einklagbar. Ob Eingaben gegen Missstände Beachtung und Abänderung zeitigten, hing vom Wohlwollen der machtausübenden SED-Funktionäre ab.

Direktkandidatin im Wahlkreis 41 – Katja Bahlmann

Am 7. Januar wurde zur VertreterInnen-Versammlung in Zeitz die Direktkandidatin für den Wahlkreis 41 noch einmal neu gewählt. Dies hängt damit zusammen, dass der Platz, der schon einem durch eine Wahl vergeben war, wieder frei geworden ist. Die Gründe dafür sind nicht bekannt geworden. Es ist ganz klar, dass eine starke und verantwortungsbewusste Partei wie die unsere, nicht in einen Landtagswahlkampf gehen kann, ohne in jedem Wahlkreis auch einen Direktkandidaten oder eine Direktkandidatin zu haben. Daher meine erneute Bewerbung um dieses Mandat.

Ich bewarb mich dieses Mal aber auch als Eure Kreisvorsitzende und mit Recht erwarteten die VertreterInnen von mir eine Einschätzung der politischen Lage. Die Wahlen am 13. März werden besonders spannende Wahlen sein. Wir haben unseren Anspruch, in Sachsen-Anhalt Regierungsverantwortung zu übernehmen, ja: den Ministerpräsidenten zu stellen, oft formuliert und erneuert, und es gibt keinen Grund, von diesem Anspruch etwas zurückzunehmen. Jedoch zeigt sich heute, dass, während wir in den Umfragen stabil um die 23 Prozent herum liegen, die SPD dramatisch an Boden verloren hat. CDU über 30 Prozent, SPD um die 15 Prozent herum, die Grünen bei 6 Prozent, aber die AfD schon fast auf SPD-Höhe: Das sind die Werte, die uns die Umfrageinstitute liefern. Das heißt: Niemand vermag heute zu sagen, wie eine Regierungsmehrheit aussehen könnte. Und unter solchen Bedingungen kann es nur eins geben: Konsequente Stärkung unserer eigenen Positionen, unserer eigenen Linie. Auf uns selbst kommt es an – auf unser Programm, auf unsere Überzeugungskraft, auf die Wirksamkeit und die Attraktivität unseres eigenen Handelns. Die SPD muss sich um sich selber kümmern, und die Grünen müssen sich um sich selber kümmern. Wir wollen regieren, aber wir können auch Opposition, aber das Allesentscheidende ist: Wir können sozial.

Und dieses „Wir können sozial“ meinen wir nicht einschränkend, nicht irgend jemand gegenüber diskriminierend, sondern wir meinen es im besten humanistischen Sinne. Wir haben ein humanistisches Menschenbild, und das heißt nichts anderes als: Für uns sind alle Menschen gleichermaßen Menschen – mit ihrer Würde, von der es im Grundgesetz heißt, dass sie unantastbar sein muss. Unabhängig von Hautfarbe, Religion, von Glauben oder Nichtglauben, von Geschlecht, sexueller Orientierung, monatlichem Einkommen oder politischer Meinung. Darum gibt es für uns keine Obergrenzen von Flüchtlingszahlen, sondern es gibt die humanistische Pflicht zur Solidarität. Die Pflicht zum solidarischen Handeln. Und diese Pflicht gibt es gegenüber den Ankommenden wie auch gegenüber allen, die schon hier sind. Wenn wir über Daseinsfürsorge reden – also über die Betreuung der Kinder und der älteren Menschen, über den öffentlichen Personennahverkehr, über die Bildung, über die medizinische Betreuung, über die Sicherung der politischen Teilhabe –, dann meinen wir damit gleichermaßen die Ankommenden wie auch die, die in unserer Gesellschaft durch die wirtschaftlichen Strukturen und die neoliberale Politik benachteiligt sind.

Die Umfragen zeigen, dass nicht weniger als ein Viertel der Menschen in Sachsen-Anhalt von uns genau diese Politik erwarten. Die Initiativen und Verbände der sozialen Fürsorge erwarten das genauso von uns wie die vielen Flüchtlingsinitiativen. Sie wollen unsere Stimme hören, wollen bestätigt bekommen, dass wir an diesem Kurs festhalten. Das unsere Stimme ganz anders, aber wirklich *ganz* anders klingt als die der CSU in Bayern und die des CDU-Innenministers und auch die so mancher SPD-Politikerinnen und -politiker, die sich jetzt im Sinne von Obergrenzen und Beschränkungen und ähnlichem melden, anstatt ein umfassendes, langfristiges Konjunkturprogramm für Integration zu entwickeln. Und unsere Stimme klingt auch anders, aber wirklich *ganz* anders als die der Regierungskoalition, wenn wir in aller Klarheit die Beendigung des Krieges gegen den Terror fordern, denn Krieg ist die falsche Antwort auf diesen Terror, und die Beendigung der Rüstungsexporte, den mit Rüstungsexporten werden wie mit dem Krieg nur immer neue Fluchtursachen geschaffen.

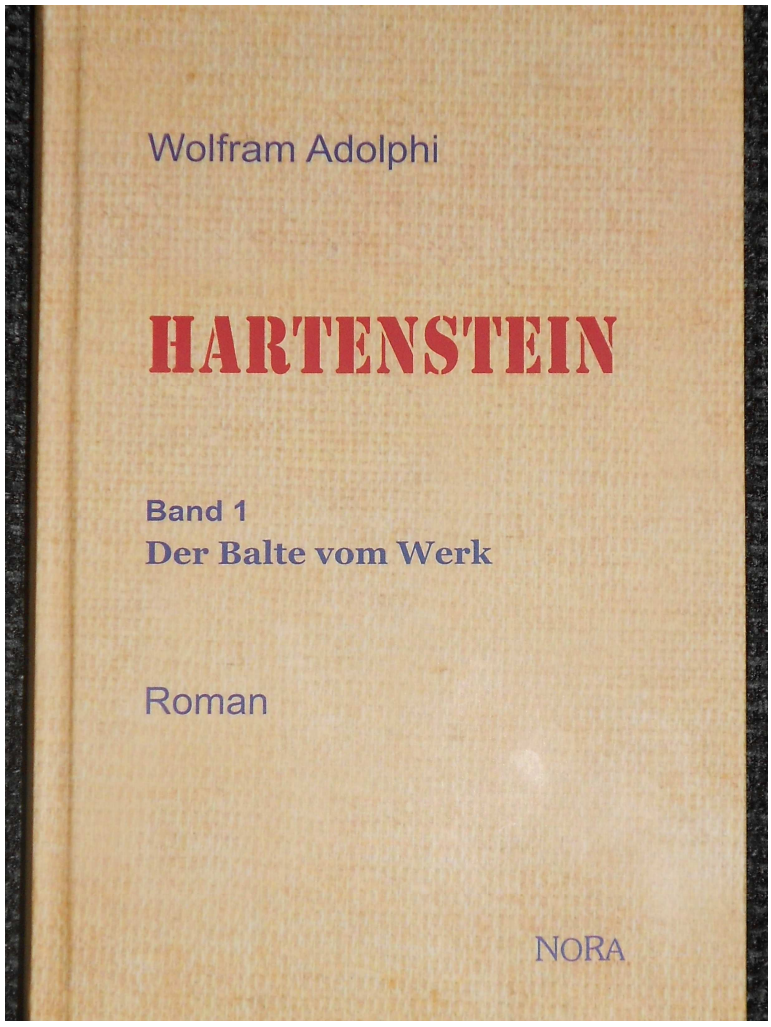
Liebe Genossinnen und Genossen,
in unseren Wahlkampf dieser Art will ich mich einbringen mit all meiner Kraft – und also auch Direktkandidatin im Wahlkreis 41. Herzlichen Dank für das Vertrauen.

Katja Bahlmann

Buchlesung von Wolfram Adolphis neuesten Roman

Von Iris Korwie

Am 16. Dezember 2015 las Wolfram Adolphi im Merseburger Ständehaus vor zahlreichen interessierten Zuhörern aus seinem gerade auf dem Buchmarkt erschienen Roman „Hartenstein“ einige Passagen vor. Im Band 1 „Der Balte vom Werk“ erzählt Adolphi seine ganz persönliche Familiengeschichte, die eingebunden ist in das Weltgeschehen. Dabei setzt er sich mit einer Zeit auseinander, über die lange Zeit geschwiegen wurde. Im Roman lässt er den Enkel des großen Hartenstein in der Vergangenheit recherchieren, auch über seine Rolle als Ingenieur im Bunawerk IV der IG Farben in Auschwitz. Nach dem Krieg hatte Hartenstein einen großen Anteil beim Neuaufbau des größten Chemiewerkes in der DDR. Der Roman vereint Zeitgeschichte mit einer Liebesgeschichte, hat regionalen Wiedererkennungswert und ist mit viel Wissen, Mut und Gefühl geschrieben. Im Anschluss an die Lesung hatte das Publikum Gelegenheit, Fragen zu stellen und eigene Erlebnisse zur Sprache zu bringen. Es war ein sehr unterhaltsamer, nachdenklicher und erfahrungsreicher Abend. Merseburg war gut dafür gewählt. Danke für diesen wichtigen und lesenswerten Roman.



Wolfram Adolphi „Hartenstein“
ISBN 978-3-86557-386-5
NORA Verlag

Rosa-Rotes Berlin

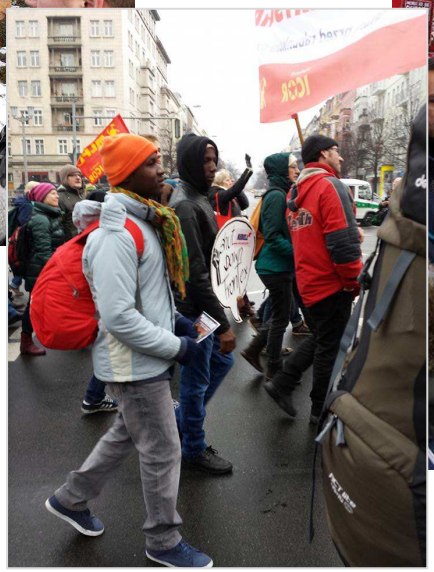
Von Petra Hörning

Linke Herzen schlugen höher, als sie die vielen tausenden Besucher in Berlin sahen. Lauter linke Splittergruppen und Grüppchen von MLPD, Spartakisten bis hin zur KPD und die Partei DIE LINKE und deren Jugendverbände fanden sich dort unter mehrheitlich rotem Banner zusammen.

Die vielen vor allem jungen Demonstranten warben für Frieden, Völkerverständigung und Solidarität. Lieder schwebten über allem und Massen von Material wurden unter das bunte Volk gebracht. Aus vielen Bundesländern und europäischen Staaten kommend, gedachten sie Rosas und Karls.

Die Berliner standen staunend an den Fenstern und selbst die zahlreichen Polizisten, die erst beim Herannahen der schwarz gekleideten Antifa ihre Helme aufsetzten, sahen mehrheitlich entspannt aus. Ein Meer von roten „Einheitsnelken“, alle im selben Farbton, bedeckten die zahlreichen Gräber, auch der ehemaligen DDR-Politiker. Eine Einheit, die die linken Kräfte vermissen ließen und lassen. So waren auf zahlreichen Fahnen und Bannern immer noch Bilder von Stalin und Mao zu sehen. Da kamen die Fähnchen der Linkspartei eher nüchtern und „bodenständig“ daher.

Gegen Mittag fing es dann an zu regnen und die vereisten Schneereste machten das Laufen nicht leichter, aber dafür wurde umso deutlicher: Rosa und Karl leben fort – in den Köpfen und in den Herzen. Sie sind es Tausenden wert, den Wecker auch an einem Sonntag läuten zu lassen und sich aufzumachen, trotz alle dem oder eben erst recht.



Fotos: Petra Hörning

Verdiente Anerkennung

Von Frank Weidauer

Die Initiative "Willkommen in Hohenmölsen" erhielt im Rahmen des Neujahrs-empfanges der MIBRAG im Bürgerhaus Hohenmölsen eine besondere Ehre und Anerkennung.

Zum Zeichen der Wertschätzung und zur Unterstützung der weiteren engagierten Arbeit erhielt die Initiative einen Scheck über 500,-€.

Sie wird diese Spende würdig und sinnvoll einzusetzen wissen!

Foto: DIE LINKE, DIE LINKE Stadtverband Hohenmölsen unterstützt mit Frank Weidauer (Dritter von links) die Flüchtlingsintegration in Hohenmölsen sehr intensiv

Ehrendes Gedenken in Rehmsdorf

Von Heike Reimschüssel

Im ersten Augenblick könnte man denken, es sei ein Termin wie jedes Jahr. Immer am Sonntag vor dem 27. Januar, dem zentralen Gedenktag für die Opfer des Holocausts, treffen sich in Rehmsdorf an der Gedenkstätte des KZ Buchenwald, Außenlager Wille, Menschen zu einer Gedenkveranstaltung. Es ist eine beinahe konstante Gruppe von Menschen, die alljährlich teilnehmen.

Landrat Ullrich würdigt diesen Tag und gedenkt der Opfer. An dieser Stelle wächst bei mir der Eindruck, dass der Inhalt seiner diesjährigen Rede weniger die Historie des Ortes mit seiner grausamen Geschichte beleuchtet, sondern er sehr schnell in die aktuelle Tagespolitik wechselt. Er mahnt zur Wachsamkeit vor rechtem, nationalistischen und menschenverachtendem Gedankengut. Es war eine Rede mit sehr berührenden Worten und klaren Statements.

Als ich jetzt so den Artikel schreibe, kommt mir ein Lied von Konstantin Wecker in den Sinn, welches er über viele Jahre immer weiter geschrieben hat, wenn er sich sein Leid über politische Zustände und Gewalt gegen Andersdenkende von der Seele geschrieben hat. Sein Freund Willy, so schildert der Münchner Liedermacher Wecker, hatte sich schon bald nach den Uni-Unruhen von der Schickeria abgewandt. Doch als dann irgendwann im Wirtshaus von braven Spießern die Weise vom Horst Wessel angestimmt wurde, als Willy daraufhin aufstand und "Faschist" schrie, da wurde der Junge von den Bürgern ganz einfach erschlagen. Über viele Jahre und Lieder kommt Wecker immer wieder an das Grab von Willy und berichtet über die gesellschaftlichen Zustände. Das erste „Willy“- Lied ist über 30 Jahre alt. Weitere Teile folgten im Laufe der Jahre, und keiner hat an Aktualität verloren. Und irgendwie ist das an der Gedenkstätte dasselbe. Viele ältere Menschen ziehen Vergleiche zu den politischen Zuständen in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Manchmal sind die Ängste zu spüren.

Lasst uns gemeinsam dafür einstehen, dass so etwas nie wieder passiert.

Termine:

DIE LINKE.

Datum	Uhrzeit	Beschreibung,	Ort
2.02.2016	10:00 Uhr	Vorstandssitzung BO Naumburg	Naumburg, Salzstraße 38
4.02.2016	9:00 Uhr	Infostand Stadtverband Hohenmölsen	Hohenmölsen, Markt
8.02.2016	18:30 Uhr	Sitzung Stadtfraktion Zeitz	Zeitz, Altenburger Str. 40
9.02.2016	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Naumburg, Salzstraße 38
9.02.2016	17:00 Uhr	Vorstandssitzung Stadtverband HHM	Hohenmölsen, Ratskeller
11.02.2016	9:00 Uhr	Infostand Stadtverband HHM	Hohenmölsen, Markt
15.02.2016	17:00 Uhr	Sitzung Fraktion Stadtrat HHM	Hohenmölsen, Büro Weber
16.02.2016	10:00 Uhr	Vorstandssitzung BO Naumburg	Naumburg, Salzstraße
18.02.2016	9:00 Uhr	Infostand Stadtverband HHM	Hohenmölsen, Markt
22.02.2016	18:30 Uhr	Sitzung Fraktion Stadtrat Zeitz	Zeitz, Altenburger Str. 40
23.02.2016	20:00 Uhr	Linker Stammtisch	Naumburg, Klimkes Kneipe
24.02.2016	18:00 Uhr	Gesprächsrunde DIE LINKE HHM	Hohenmölsen, SKZ „Lindenhof“
25.02.2016	9:00 Uhr	Infostand Stadtverband HHM	Hohenmölsen, Markt
1.03.2016	10:00 Uhr	Vorstandsitzung BO Naumburg	Naumburg, Salzstraße 38
2.03.2016	17:00 Uhr	Sitzung Fraktion Kreistag	Weißenfels, Töpferdamm

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

die im Februar

ihren Ehrentag feiern.
Wir wünschen Euch alle Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten.

Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E Kuriers

Liebe Reinhild Müller,

im Namen aller Genossen und Genossinnen, die in den letzten **25 Jahren** konstruktiv unerschütterlich mit dir zusammengearbeitet haben, möchten wir uns bei Dir recht herzlich bedanken.
Wir wünschen Dir für deinen weiteren Lebensweg viel Erfolg. Du hast mit deiner Kraft, deinem Elan, deiner Umsicht und Zuversicht für die Linke im Unstruttal gekämpft. Du warst eine stabile Größe im Parteileben und hast vielen Mut gemacht. Du hast gelebt, was Rosa Luxemburg sagte:

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.“